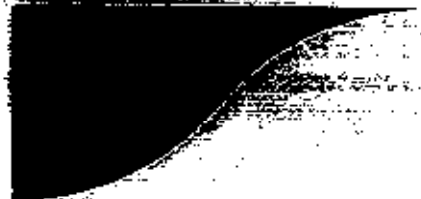


Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 66 848-48 ppbn d



Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel
MdB, Bundesjustizmini-
ster und Mitglied des
SPD-Präsidiums, ruft
zum internationalen Kampf
gegen die Folter auf.
Seite 1/2

Dr. Klaus von Dohnanyi
MdB, Spitzenkandidat
der SPD in Rheinland-
Pfalz und Staatsminister
im Auswärtigen Amt,
sieht reale Chancen für
die SPD bei der rhein-
land-pfälzischen Land-
tagswahl am 18. März.
Seite 3/4

Fritz Säger würdigt
Leben und Werk von
Axel Eggebrecht an des-
sen 80. Geburtstag.
Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

34. Jahrgang / 7

10. Januar 1979

Kampf gegen die Folter

Eine Aufgabe internationaler Rechtspflege

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesjustizminister und SPD-Präsidiumsmitglied

Eine Menschenrechtsverletzung in einer ihrer abscheulichsten
Erscheinungsformen findet auf der Welt noch täglich statt: die
Folter.

Mit Sorge ist eine Ausweitung dieser Inhumanität zu beobach-
ten. Hier öffnet sich eine erschreckende Kluft zwischen Sein
und Sollen im Verhalten vieler Mitglieder der Völkergemein-
schaft. Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Artikel
5) vom 10. Dezember 1948, der Internationale Pakt über bür-
gerliche und politische Rechte (Artikel 7) von 1966, die Euro-
päische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grund-
freiheiten (Artikel 3) von 1950 sowie die einschlägigen inter-
nationalen Verhaltenskodexe verbieten die Folter, ohne sie
aber allgemein verhindert zu haben. Für die internationale
Rechtspflege bleibt daher die Aufgabe, die Ächtung, Ver-
hinderung und Bestrafung der Folter weiter voranzutreiben.

Eine weitere internationale EntschlieÙung auf diesem Gebiet
ist die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am
9. Dezember 1975 verabschiedete Anti-Folter-Deklaration über
den Schutz aller Personen vor Folter und grausamer, unmensch-
licher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe. Gegenwärtig
bestehen auf der Ebene der UN drei größere Initiativen, in
denen es darum geht, Rechtsinstrumente zu entwickeln, um ein
wirksameres Verbot der Folter zu gewährleisten. Jeder einzel-
nen muß großes Gewicht und volle Aufmerksamkeit beigemessen
werden.

Zum einen hat die 32. Generalversammlung der Vereinten Na-
tionen in der Resolution 32/64 alle Mitgliedstaaten aufge-
fordert, die Anti-Folter-Deklaration von 1975 dadurch zu
unterstützen, daß die Staaten eine einseitige Erklärung bei

den Vereinten Nationen hinterlegen, in der sie die Durchführung der in der Deklaration niedergelegten Grundsätze zusagen. Zum anderen hat Schweden bei den Vereinten Nationen am 18. Januar 1978 den Entwurf einer detaillierten Konvention gegen die Folter eingebracht. Etwa zur gleichen Zeit hat die Internationale Vereinigung für Strafrecht, die beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen genießt, einen 2. Entwurf vorgelegt. Beide Entwürfe sollen im Frühjahr 1979 in der UN-Menschenrechtskommission weiter beraten werden.

Ob die geforderte Hinterlegung der Anerkennungserklärung zu der UN-Deklaration vom 9. Dezember 1975 ein größeres Maß praktischer Verbesserung und schließlich den Wegfall der Folter erreichen kann, ist nicht zweifelsfrei. Es könnte auf diesem Weg zu UN-Deklarationen erster und zweiter Klasse, mit oder ohne förmliches Anerkennungsverfahren kommen. Das humanitäre Ziel der Anti-Folter-Deklaration von 1975 verdient jedoch volle Unterstützung.

Die Entwürfe zu einer Anti-Folter-Konvention, insbesondere der der schwedischen Regierung enthalten Rechtsschutzbestimmungen für Gewaltunterworfenen, die inhaltlich bereits geltendes Recht in der Bundesrepublik Deutschland sind, international aber einen großen Schritt nach vorn bedeuten würden. Ausdrücklich wird - wie bereits in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten - die Notstandsfestigkeit des Folterverbots betont und damit festgestellt, daß diese Grausamkeit auch nicht als ultima ratio der Staatsgewalt in Frage kommt; diese Haltung verdient unsere volle Unterstützung. Hier findet sich eine wichtige Bestätigung des Rechtszustands in der Bundesrepublik Deutschland. Die Notstandsfestigkeit sichert das Folterverbot gerade in kritischen Situationen und stellt die Menschlichkeit eindeutig über eine vordergründige Zweckmäßigkeit, auch bei noch so starker Herausforderung. Die Folter kann unter keinen Umständen ein zuverlässiges Mittel sein, etwa um Informationen zu erzwingen, wie dieses in vielen Staaten noch immer der Fall ist. Der schwedische Konventionsentwurf enthält darüber hinaus ein Auslieferungsverbot in solchen Fällen, in denen Grund zu der Annahme besteht, in dem um Auslieferung ersuchenden Staaten sei die Gefahr der Folter nicht ausgeschlossen.

Besonders eingehend ausgestaltet im schwedischen Entwurf ist das internationale Untersuchungsverfahren zur Aufdeckung von Folterungen. Es enthält über das bisherige Verfahren vor dem Menschenrechtsausschuß hinaus die Möglichkeit, daß der Ausschuß aus eigener Initiative einen Bericht abfaßt, wenn er Informationen erhält, daß in einem Vertragsstaat die Folter systematisch betrieben wird. Außerdem sollen die innerstaatlichen Maßnahmen gegen die Folter durch eine besondere Berichtspflicht der Vertragsstaaten kontrolliert werden können. Diese Vorschläge stellen begrüßenswerte Verbesserungen zur verstärkten Sicherung des Folterverbots dar.

Die Zielsetzung dieser Entwürfe entspricht unseren rechtsstaatlichen und humanitären Vorstellungen. Die Bundesrepublik Deutschland wird sich bei den Vereinten Nationen für die Erreichung dieser Ziele mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln einsetzen und insbesondere auch den schwedischen Entwurf, der unseren Rechtsprinzipien voll entspricht, nachdrücklich unterstützen.

(-/10.1.1979/hi/hgs)

+

+

+

Das Ziel: Die Mehrheit der CDU brechen

Zuversicht bei der rheinland-pfälzischen SPD zu Beginn des Wahljahres

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB

Spitzenkandidat der rheinland-pfälzischen SPD und Staatsminister im Auswärtigen Amt

Noch im Frühjahr 1978, als der Landesparteitag in Lahnstein mir das Amt des Spitzenkandidaten der rheinland-pfälzischen SPD für die Landtagswahl am 18. März übertrug, blickte die Partei in Bund und Land nicht ohne Sorge auf die Landtagswahlen der Jahre 1978 und 1979.

Heute wissen wir, daß das Jahr 1978 für die SPD und die politische Führung der Bundesrepublik Deutschland - alles in allem - trotz einer schwierigen Ausgangslage ein erfolgreiches Jahr war, und daß wir nicht ohne Zuversicht in das Jahr der europäischen Direktwahl und der Landtagswahlen in Berlin, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein gehen.

Die SPD in Rheinland-Pfalz, deren Gegner eine seit Kriegsende regierende und seit 1971 allein herrschende CDU ist, macht nicht in Zweckoptimismus, aber sie geht auch nicht ohne Zuversicht in den Wahlkampf.

Das zentrale Wahlziel, die absolute Mehrheit der Union zu brechen - bisher sitzen im Landtag 55 Christdemokraten, 40 Sozialdemokraten und fünf Liberale - ist hoch gesteckt, aber keineswegs unerreichbar. In diesem Ziel sind sich übrigens Sozialdemokraten und Freie Demokraten einig. Und - anders als 1975 haben die Liberalen für den Fall des Verlustes der absoluten CDU-Mehrheit sich nicht für ein Zusammengehen mit der CDU ausgesprochen, sondern die Koalitionsaussage offen gehalten; die FDP will eine Koalition von den Sachprogrammen abhängig machen.

Unsere Sachaussagen, das Arbeitsprogramm der SPD Rheinland-Pfalz 1979-1983" hat ein außerordentlich positives Echo gefunden. In Presse, Funk und Fernsehen, bei Verbänden und Organisationen, aber auch in der eigenen Partei, die die neue Form der Erarbeitung und der konkreten Aussagen voll akzeptierte.

Auf dem Parteitag in Lahnstein hatten wir uns vorgenommen, den Bürgern noch stärker als bisher in die politische Arbeit einzubeziehen. Wir wollten für die Landtagswahl eine praktische, eine auf die wirklichen Probleme der Menschen bezogene Politik formulieren. Eine Politik, die vielen Menschen nutzt. Ich hatte damals gesagt: "Wenn wir uns hinter den Bürger stellen, wird sich der Bürger auch hinter uns stellen."

Ich glaube, daß wir den richtigen Weg eingeschlagen haben, als wir im Vorfeld der Programmdiskussion das Gespräch mit sachkundigen Bürgern suchten - unabhängig vom Parteibuch.

Die CDU und die Landesregierung geben sich dagegen überheblich und selbstzufrieden. Wir halten dem entgegen:

Rheinland-Pfalz muß im Strukturwandel die Arbeitsplätze aktiv sichern. Rheinland-Pfalz darf die benachteiligten Regionen nicht absacken lassen. Rheinland-Pfalz muß dem Bürger bessere Chancen in Schule und in Ausbildung geben. Rheinland-Pfalz muß Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Polizei und Verwaltungen wieder in die Nähe der Bürger rücken. In Rheinland-Pfalz müssen Sicherheit und Freiheit gewahrt bleiben. Rheinland-Pfalz muß die Friedenspolitik unterstützen und Rheinland-Pfalz muß im Bundesrat konstruktiv mitarbeiten.

Gemessen an diesen Forderungen ist Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren schlecht regiert worden. Die nun acht Jahre währende absolute Mehrheit der CDU sind dem Land schlecht bekommen.

Die Bürger sind mit Recht stolz auf ihre Leistungen, aber sie sind auch mit Recht unzufrieden mit der Politik. Ihre Unzufriedenheit trifft allerdings nicht immer nur die verantwortliche Landesregierung und die CDU Rheinland-Pfalz. Der CDU ist es leider gelungen, die Verantwortungen zu verwischen. Ärger und Verdrossenheit treffen deswegen unbegründet immer wieder die Bundesregierung.

Es ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der SPD, den Wählern die tatsächlichen Zuständigkeiten und die wirkliche Verantwortung der Landesregierung deutlich zu machen. Es muß endlich aufhören, daß die Landesregierung sich bei jedem neuen Straßenbauabschnitt jeder Schuleinweihung und jeder Sozialstation selbst beweihräuchert, aber die Schulmisere, jeden Straßenengpaß, jeden jugendlichen Arbeitslosen, jeden Firmenzusammenbruch und jede Betriebsabwanderung der Bundesregierung in die Schuhe schiebt.

Vieles deutet darauf hin, daß immer mehr Bürger uns in dieser sachbezogenen Kritik verstehen, und daß sie uns auch aktiv unterstützen wollen. (-/10.1.1979/hj/hgs)

Ein starker, der Überzeugung und den Freunden getreuer Charakter

Axel Eggebrecht zum 80. Geburtstag

Von Fritz Sänger

Das am 10. Januar 1899 in Leipzig geborene "Bürgerkind im Kaiserreich", das aus den Erfahrungen seiner Jugend im Chaos des Zusammenbruchs 1918 als Angehöriger einer Studentenkompanie Kommunist wurde, nach Moskau ging und nach einem Jahr mit neuen Erfahrungen heimkehrte, das sich von jeglichem Dogma, von Diktatur, Faustrecht und Herrschaftssucht ab- und einem humanen Sozialismus zuwandte - das ist Axel Eggebrecht.

Wenn je das Goethewort auf einen Menschen unserer Zeit angewendet werden kann, so auf diesen: "Es bildet ein Talent sich in der Stille, sich ein Charakter in dem Strom der Welt". Von dem wilden Strom der Ereignisse jener Jahre des Ersten Weltkrieges der Revolution, die dem Zusammenbruch folgte, getrieben, formte sich ein starker, der Überzeugung und den Freunden getreuer, beharrlicher Charakter. Enttäuschung zwang ihn in die Stille, in der sich sein Können zu einem reichen schöpferischen Tun entfaltete.

Der kurze Moskauer Aufenthalt hatte ihn dem Film zugeführt. Erst 21 Jahre jung war er in Deutschland als Filmdramaturg und Filmkritiker tätig. Aus dem Jahre 1927 stammt sein erstes Drehbuch. Ein Jahr darauf wurde Eggebrecht durch den Film "Der Kampf der Tertia" schnell bekannt. Der heranstürmende Nationalismus forderte den jungen kämpferischen Widerständler heraus. Am Breitenbachplatz in Berlin gehörte er zu der dort angesiedelten Kolonie der aktiven Literaten. Seine Verhaftung war 1933 die Folge. In den zwölf Jahren, die nun folgten, hat er keine Zeile geschrieben. Aber die Filme "Bel Ami" (1939), "Komödianten" (1941), "Wiener Blut" (1942) und dann - endlich wieder in ungebundener Arbeit - "Rittmeister Wronski" (1954) und "Stresemann" (1956) und andere zeugten für künstlerische Phantasie und getreues Einfühlen in unumstößliche Tatsachen.

Im demokratischen Deutschland war der in eigener Verantwortung tätige Rundfunk die richtige Stätte für Axel Eggebrecht. Er gehörte, bei Kriegsende aus einem Konzentrationslager befreit, von 1945 an zum ersten deutschen Team im freien Hamburger NWDR. Von 1946 bis 1948 war er daneben Mitherausgeber der damals weitverbreiteten und sehr beachteten "Nordwestdeutschen Hefte". Hörspiele und dann auch Fernsehspiele brachten Eggebrechts geistige Haltung und das Ethos seiner gewissenhaften Arbeit vielen Menschen nahe und dies in einer Zeit, in der ein überschäumender Materialismus in breiten Schichten einen bis dahin unbekanntem Wohlstandstaumel entstehen ließ.

Vor vier Jahren erschien die "Zwischenbilanz einer Epoche", wie Axel Eggebrecht seine Autobiographie genannt hat, die bei Rowohlt, seinem Freunde, unter dem Titel "Der selbe Weg" herauskam. Der heute 80jährige, besessen von der Notwendigkeit seines Wirkens, fühlte sich berechtigt, am Beginn eines zweiten Teiles seines Weges. So kraftvoll war er geblieben, so tätig war und ist er in Rundfunk und Fernsehen, in Vorträgen und Diskussionen mit Freunden und Gegnern und nicht zuletzt als Publizist - immer lebendig und immer im Geiste derer, die einmal mit ihm zusammen die erste Epoche des wirklich freien Geistes in Deutschland gekennzeichnet haben: George Grosz, Kurt Tucholsky, Ernst Bokorff, Erich Kästner, Eugen Roth, Walter Mehring und andere.

Ihm möge die Kraft erhalten bleiben, die er bewiesen hat und heute immer von neuem aufbringt. Diese Zeit braucht solche Zeitgenossen in großer Zahl.

(-/10.1.1979/hf/hgs)